

# Wehret der «wehrhaften Demokratie»

Deutschlands Elite beschwört eine «streitbare», «wehrhafte Demokratie» à la Thomas Mann. Was steckt hinter dem neuen Zauberwort der Demokratie-Verdreher?

*Philipp Gut*

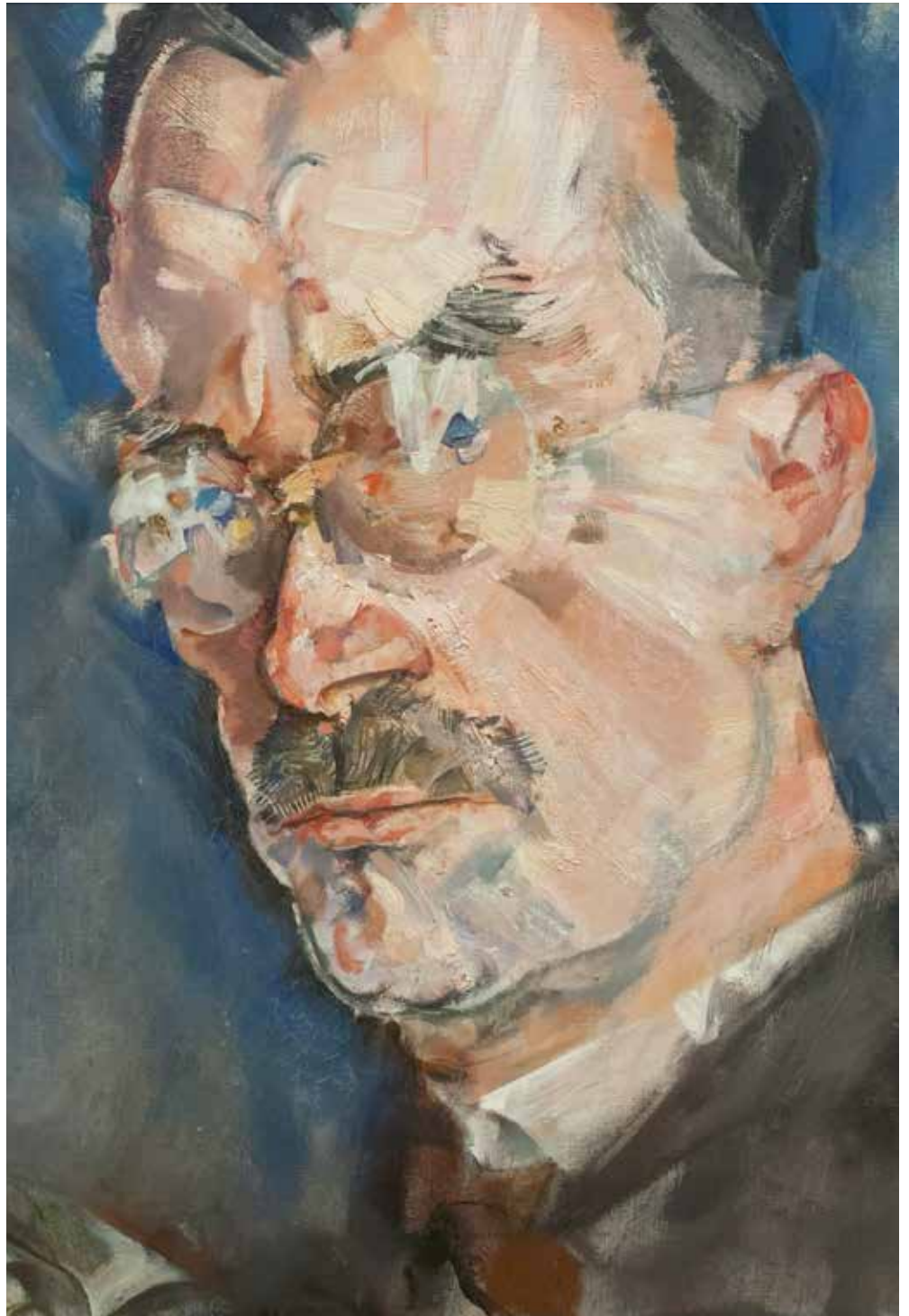
**W**ir sind eine wehrhafte Demokratie. Unser Rechtsstaat schützt unsere Demokratie – auch vor Bedrohungen von innen», verkündete der deutsche Kanzler Olaf Scholz (SPD) im Mai dieses Jahres auf Instagram und X. Und er jubelte: «Heute hat das Oberverwaltungsgericht Münster die Einstufung der AfD als Verdachtsfall durch das Bundesamt für den Verfassungsschutz bestätigt.» Der Hashtag #Münster diente ihm dabei gleichermassen als Skalp und als Beleg für die Wehrhaftigkeit der Bundesrepublik. Ähnlich äusserte sich Scholz auch im Dezember 2022 nach einer Razzia gegen Reichsbürger. «Wir sind ein wehrhafter Staat, wir sind eine wehrhafte Demokratie», lautet das Credo.

## Feind hockt rechts

Diese Formel verwenden auch andere Kabinettsmitglieder – stets im Brustton vibrierender Bedeutung. Dabei bleibt es nicht bei harmlosen Sonntagsreden. Wirtschaftsminister Robert Habeck betonte Ende Oktober, dass die Regierung «jeden Grund» habe, sich gegen polarisierende Tendenzen in der Gesellschaft «zu wehren und diese wehrhafte Demokratie auch bei den sozialen Medien fortzusetzen» – ein unmissverständlicher Wink, dass unliebsamen Meinungsäusserungen mit Repression und Zensur begegnet werde.

Neben einem Bundespräsidenten und Genossen Frank-Walter Steinmeier («Eine Demokratie muss wehrhaft sein») stimmen auch bürgerliche Politiker wie Bayerns CSU-Ministerpräsident Markus Söder in den Tenor ein: «Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit», tönte er im August 2023 zum 75. Jahrestag des Verfassungskonvents, aus dem das deutsche Grundgesetz hervorging. Das sich selbst feiernde Establishment war und ist sich einig: Die Demokratie ist in Gefahr. Die Demokratie muss verteidigt werden. Und: Der Feind hockt rechts.

Dabei werden die Definitionen dessen, was die Demokratie und ihre verfassungsmässigen Grundlagen gefährde, immer enger gezogen. Die Schlinge um den Hals der freien Rede zieht sich zu. Nach der längst auch gerichtlich kor-



*Damals ging es um die schiere Existenz:* Thomas Mann, gemalt von Max Oppenheimer (1926).

rigierten Correctiv-Recherche über ein angebliches «Geheimtreffen» rechter Politiker und Publizisten in Potsdam sagte Bundesinnenministerin Nancy Faeser, Deutschland sei eine «wehrhafte Demokratie», die es nicht hinnehme, dass Rechtsextremisten ihre rassistischen Ausgrenzungspläne schmiedeten. Gefährlich seien auch geistige Brandstifter, die den Boden für Gewalt bereiteten. Die mehrfache Unterstellung in dem Satz ist Kalkül: Indem politische Gegner, Oppositionelle, Regierungskritiker als «geistige Brandstifter» gebrandmarkt werden, wird es legitim, nicht bloss vollzogene Taten zu ahnden, sondern auch schon gegen unbotmässige Ansichten vorzugehen. Die Gedanken sind frei? Das war einmal.

Damit befinden wir uns bereits mitten in einer Diskussion über das notorische Missbrauchspotenzial, das dem Konzept einer «wehrhaften Demokratie» innewohnt. So akut wie heute schien es aber noch selten gewesen zu sein. Ein Scholz, ein Habeck, eine Faeser, aber auch ein Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang oder eine Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Grüne) wollen erklärermassen auch gesetzeskonforme Aussagen verfolgen. «Viele Feinde der Demokratie wissen ganz genau, was auf den Social-Media-Plattformen gerade noch so unter Meinungsfreiheit fällt», sagte Paus am 13. Februar 2024 an einer Medienkonferenz zu «Hass im Netz». Gleichtags sprach Haldenwang im Beisein von Faeser von «Meinungen unterhalb der Strafbarkeitsgrenze», die gleichwohl «staatswohlgefährdend» seien. Die Stasi lässt grüssen.

### Hitler-«Hunnetum»

Die «wehrhafte Demokratie» ist ein Schlagwort der Stunde, die damit verbundene Idee aber stand bereits bei der Geburt der Bundesrepublik Pate und gilt als eines ihrer Grundprinzipien. Es besagt, so formuliert es die Brandenburgische Landeszentrale für Politische Bildung stellvertretend für vergleichbare Deutungen, dass sich der Staat «gegenüber den Feinden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht neutral verhalten», sondern sich «zur Wehr setzen» müsse. Er kann Parteien oder Vereine ver-

### Die Schlinge zieht sich zu – politische Gegner werden zunehmend als «geistige Brandstifter» stigmatisiert.

bieten, wie das derzeit mit besonderem Nachdruck der CDU-Bundestagsabgeordnete Marco Wanderwitz im Falle der AfD fordert. Immerhin aber verraten die Brandenburger, das Prinzip sei bis heute «umstritten, weil darin auch die Einschränkung von Grundrechten, etwa das Recht auf freie Meinungsäusserung, angelegt ist».

Unbeleckt von dieser kritischen Erkenntnis gibt sich nach wie vor die vor dem Aus stehende Bundesregierung. Im Mai 2024 beschloss sie

eine «Strategie für wehrhafte Demokratie», darunter das Ziel, «Verschwörungserzählungen, Desinformation und Hass im Netz» besser zu erkennen und ihnen «konsequent» zu begegnen. Faesers Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) hat einen ganzen staatlichen Aufgabenkatalog gebündelt, um «unsere Demokratie lebendig, Streitbar, aber auch wehrhaft zu halten».

Die Schwächung der Demokratie durch den Ausschluss siegreicher Parteien und die Missachtung des Wählerwillens – wie bei der AfD in Ostdeutschland – ist ebenso wenig Teil dieser Strategie und dieser Aufgaben. Das gilt auch für die Vermeidung und Verfolgung regierungsamtlicher Irreführung (RKI-Files, Nord Stream etc.). Vielmehr werden schon Jugendliche für den parteipolitischen Kampf mobilisiert. «Das junge Politik-Lexikon» der Bundeszentrale für politische Bildung predigt: «Die Demokratie ist auf wehrhafte Bürgerinnen und Bürger angewiesen, die die Werte unseres Grundgesetzes achten und schützen.» Illustriert ist der Beitrag mit einem Pappschild von einer Anti-AfD-Demonstration vom Januar, auf dem zu lesen ist: «Wir alle sind die wehrhafte Demokratie.»

Es fällt auf: Den Ausdruck «wehrhafte Demokratie» führen oft jene offensiv im Munde, die von einer verteidigungsfähigen Ausstattung der Bundeswehr jahrzehntelang nichts wissen wollten. Dass es dabei umso mehr schepert im Argumentationsarsenal, zeigt ein Blick in die Geschichte des Begriffs. Geprägt hat ihn der von den Nazis ins Exil getriebene deutsch-jüdische Staats- und Verwaltungsrechtler Karl Loewenstein, der 1937 in den USA einen Aufsatz über «Militant Democracy and Fundamental Rights» publizierte. Anlass dazu gaben ihm die Erfahrungen der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus.

Populär machte die Forderung, ebenfalls aus dem amerikanischen Exil heraus, kein Geringerer als Literaturnobelpreisträger Thomas Mann («Buddenbrooks», «Zauberberg», «Tod in Venedig»). Not tue eine «militante Demokratie», die ihre Selbstzweifel hinter sich lasse und «weiss, was sie will, nämlich den Sieg», schrieb er am Vorabend des Zweiten Weltkriegs. Die historischen Ereignisse holten dies ein: Diese Äusserungen stehen in einer Rede, die Mann auf einem Kongress des internationalen Autorenverbands PEN in Stockholm zu halten gedachte. Das Treffen wurde abgesagt wegen der Krise, die am 1. September 1939 in den Krieg mündete – mit Hitlers Überfall auf Polen.

Bereits 1935/36 hatte Mann in verschiedenen Texten einen militanten Humanismus gefordert, den er dem gewaltbereiten Fanatismus eines modernen «Hunnetums» gegenüberstellte. Die Freiheit, als Grundbegriff der Demokratie, dürfe «kein Freibrief sein für diejenigen, die nach ihrer Vernichtung trachten». Das Verständnis für diese Wehrhaftigkeit demo-

kratischer Staaten vermisste er noch über den Kriegsbeginn hinaus, die Appeasement-Politik wirkte nach. Hoffnung schöpfte er durch die Entschlossenheit Winston Churchills, der be-

### Die Schwächung der Demokratie zeigt sich etwa durch den Ausschluss siegreicher Parteien.

wies, dass eine Demokratie auch einer totalitären, total auf Krieg und Kriegswirtschaft ausgerichteten Diktatur die Stirn bieten konnte.

### Achtung, Fallhöhe

Man spürt die Fallhöhe: von einem Winston Churchill zu einem Olaf Scholz, von einem Thomas Mann selbst zu einer Anne Applebaum, die dieses Jahr mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels ausgezeichnet wurde und sich dabei ebenfalls auf Mann und dessen Überlegungen zu einer wehrhaften Demokratie berief. Damals ging es um die schiere Existenz, um das Überleben der demokratischen Welt angesichts der tödlichen Gefahr durch Nationalsozialismus, Faschismus, Kommunismus. Heute geht es darum, eine demokratisch gewählte Opposition niederzuhalten und aufmüpfigen Bürgern einen Maulkorb zu verpassen. Die «wehrhafte Demokratie» ist zu einem Allerwelts- und Gaunerwort geworden, mit dem die politische Elite ihre Macht absichert. Gewarnt sei vor jenen, die es so inflationär verwenden.

Philipp Gut, ehemaliger stv. Chefredaktor der *Weltwoche*, ist Autor der preisgekrönten Studie «Thomas Manns Idee einer deutschen Kultur» (S. Fischer). Zuletzt von ihm erschienen: «Jahrhundertzeuge Ben Ferencz. Chefankläger der Nürnberger Prozesse und leidenschaftlicher Kämpfer für Gerechtigkeit» (Piper).

Gottfried Lochers  
**Video-Adventskalender**



Kunstvoll gedruckt & täglich ein Video online.  
«Ewige Wahrheiten, neu gesagt.»

Infos und Bestellung:  
**neueradventskalender.com**  
CHF / EUR 20.- inkl. Versand